Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Prof. Dr. Voigt (CDU)

Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes

Der Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat am 15. Februar 2018 im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft des Thüringer Landtags einen Einblick in das überarbeitete Thüringer Vergabegesetz gegeben. Nach Medienberichten soll der angestrebte Gesetzentwurf über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen einen vergabespezifischen Mindestlohn von 9,54 Euro enthalten. Des Weiteren soll das überarbeitete Gesetz noch elf weitere Neuerungen aufweisen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche zwölf Neuerungen enthält der Referentenentwurf der Landesregierung über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen?
2. Warum erfolgt die Aufnahme des vergabespezifischen Mindestlohns von 9,54 Euro im Referentenentwurf, obwohl das verantwortliche Ministerium im Rahmen von Werkstattgesprächen im April und Mai 2017 zu dem Schluss gekommen ist, auf die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns zu verzichten?
3. Wird sich nach Einschätzung der Landesregierung die Einführung des vergabespezifischen Mindestlohns positiv auf die Beteiligung Thüringer Unternehmen an Ausschreibungen von öffentlichen Aufträgen auswirken?
4. Wurde die Clearingstelle innerhalb des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft an der Erarbeitung des Referentenentwurfs beteiligt und wenn ja, welche Be- oder Entlastungen hat die Clearingstelle für kleine und mittelständische Unternehmen identifiziert?

Prof. Dr. Voigt